

**Mitbestimmung  
in der Sparkasse  
und verfassungsrechtliches  
Demokratiegebot**

von

**Peter J. Tettinger**

**R. v. Decker & C. F. Müller  
Heidelberg 1986**

# Inhalt

<i>Vorwort</i> .....	5
<i>Vorbemerkung</i> .....	9
I. <i>Leitvorstellungen und Ziele des nordrhein-westfälischen Landesgesetzgebers</i> .....	11
II. <i>Die nordrhein-westfälische Gesetzesnovelle vor dem Hintergrund der Grundlinien des Sparkassenorganisationsrechts der deutschen Bundesländer</i> .....	13
A. Landesvorschriften zur Mitbestimmung im Verwaltungsrat kommunaler Sparkassen .....	13
B. Parallele Landesvorschriften für Landesbanken .....	16
C. Ein Ansatz auch bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten des Bundes .....	18
III. <i>Die Vereinbarkeit der gesetzlich angeordneten Arbeitnehmer-Mitbestimmung im Verwaltungsrat der nw. Sparkassen mit der verfassungsrechtlichen Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung</i> .....	20
A. Vereinbarkeit mit dem Gebot demokratischer Legitimation. 21	
1. Prinzipielles Verfassungsgebot persönlicher demokratischer Legitimation bei der Wahrnehmung staatlicher Aufgaben .....	22
a) Thesen der Staatsrechtslehre .....	23
b) Die ältere Judikatur des Bundesverfassungsgerichts ..	25
c) Jüngere bundesverfassungsgerichtliche Aussagen ....	27
2. Abgestufte Stringenz dieses Gebotes in Entsprechung zur wahrgenommenen Aufgabe .....	31
a) Aufgabendimensionen .....	31
b) Aufgabenkategorien .....	32
c) „Staatsnähe“ der Aufgabenwahrnehmung .....	37
d) Spezifische Eigenart der Aufgabenstellung .....	51
e) Wichtigkeit der Aufgabe .....	55
f) Konsequenzen .....	55

3. Abgeschwächte Stringenz dieses Gebotes im Sparkassenbereich .....	56
a) Sparkassentätigkeit als Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe und zugleich wirtschaftlich-unternehmerisches Handeln .....	56
b) Starke rechtliche Verselbständigung der Sparkassen gegenüber ihrem Gewährträger .....	61
4. Anforderungen eines abgeschwächt stringenten Gebotes demokratischer Legitimation im Sparkassenbereich ....	64
a) Hinreichende sachliche Begründung für die Mitgliedschaft von Bediensteten-Vertretern im Verwaltungsrat	65
b) Sicherung des letztentscheidenden Einflusses der von der Vertretung des Gewährträgers gewählten Gremienmitglieder .....	68
5. Fazit .....	73
B. Vereinbarkeit mit der verfassungsrechtlichen Gewährleistung kommunaler Selbstverwaltung im übrigen .....	73
1. Das Betreiben von Sparkassen als Agende der kommunalen Selbstverwaltung .....	74
2. Keine Verletzung des Kernbereichs der Verfassungsgarantie .....	74
3. Wahrung des Übermaßverbots durch die organisationsbezogene gesetzliche Ingerenz .....	75
C. Kein Verstoß gegen Inkompatibilitätsvorschriften .....	77
1. Zum Bedeutungsgehalt der Art. 137 Abs. 1 GG und Art. 46 Abs. 3 Verf. NW .....	77
2. Zur fehlenden Geltungskraft im Sparkassenorganisationsrecht .....	78
 IV. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	 80